

BERGATREUTE

Ministerium unterstützt jetzt doch Radweg von Bergatreute nach Baienfurt

 LESEDAUER: 3 MIN

18. Oktober 2019

SCHWÄBISCHE ZEITUNG

[Drucken](#)

Die Planung eines Radwegs zwischen **Bergatreute** und Baienfurt kommt voran. Das erklärt das baden-württembergische Ministerium für Verkehr in einer Pressemitteilung.

Bei einem Treffen im Ministerium für Verkehr hätten die Beteiligten verabredet, eine Aufteilung von Planung und Finanzierung zu prüfen. Demnach könnten die Kommunen die neue Verbindung planen, um dafür zu sorgen, dass der Radweg schneller gebaut werden kann. Den Bau würde dann das Land oder der Bund finanzieren. An dem Gespräch mit dem Amtschef des Ministeriums, Professor **Uwe Lahl**, nahmen die Bürgermeister von Bergatreute, Helmfried Schäfer, von Baienfurt Günter Binder und die Bürgermeisterin von Baidt, Simone Rürup, sowie die Landtagsabgeordneten Manfred Lucha, Petra Krebs (beide Grüne), Raimund Haser und August Schuler (beide CDU) teil.

Ministerialdirektor Lahl habe laut des Schreibens bei dem Treffen darauf hingewiesen, dass der Bund im Rahmen seines neuen Klimapakets auch eine deutliche Anhebung der Mittel für Radwege eingeplant habe. Diese könnten voraussichtlich in Anspruch genommen werden, wenn Gemeinden eine fertige Planung vorweisen. Um den Kommunen eine Sicherheit zu geben, brachte Ministerialdirektor Lahl eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Land ins Gespräch. „Wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen, dann kommen solche Projekte gut voran“, wird er darin zitiert.

„Wir sind mit dem Treffen im Ministerium einen wichtigen Schritt weitergekommen bei der Realisierung des Radweges“, stellten unisono die Bürgermeister **Schäfer** und Binder sowie Bürgermeisterin Rürup fest, so der

Pressebericht. Die nächsten Schritte bedürften allerdings der Zustimmung der kommunalen Gremien.

Der 5,7 Kilometer lange Streckenabschnitt auf der Landesstraße 314 ist aufgrund der Fahrgeschwindigkeit der Autos gefährlich für Radfahrer, auch wenn er nicht zu den Unfallschwerpunkten im Land zählt. Aus diesem Grund wurde eine Sonderregelung zur Planung vereinbart.

Vom Bund werden voraussichtlich Mittel zur Verfügung gestellt, die im neuen Klimapaket der Bundesregierung geplant sind. Die Sondervereinbarung beschleunigt die Realisierung des neuen Radwegs. Angesichts vieler anderer Vorhaben im Regierungsbezirk Tübingen wäre eine Aufnahme der Planung eines Radweges an der Landesstraße seitens des Regierungspräsidiums in absehbarer Zeit nicht möglich.



0 Kommentare

schwäbische
© Schwäbischer Verlag 2019